

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Legler & Jeuner Nachf. — Verantwortlicher Redakteur: Richard Walther, Schandau.

Inseraten-Aannahmestellen: In Schandau: Expedition Jansenstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haasenhein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Hoff; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 72.

Schandau, Dienstag den 21. Juni 1910

54. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf die unter ☉ nachstehende Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers, abgedruckt im Reichsgesetzblatt vom Jahre 1910 Seite 672, wird folgendes verordnet.

Die zu den Beständen der Staatskassen gehörenden und bei diesen bis zum **31. Dezember 1910** eingehenden Reichskassenscheine der bezeichneten Art sind, soweit sie nicht bei einer Reichsbankstelle haben umgewechselt werden können,

- a) von denjenigen Kassenscheinen, die nicht unmittelbar Ueberschüsse an die Finanzhauptkasse einliefern, bei dieser oder bei einer anderen unmittelbar Ueberschüsse einliefernden Kasse bis zum 10. Januar 1911 umzuwechseln;
- b) von den anderen Staatskassen bis längstens am 14. Januar 1911 zu den Einlieferungen an die Finanzhauptkasse zu verwenden.

Dresden, am 30. Mai 1910.

Sämtliche Ministerien.

Bekanntmachung, betreffend die Einziehung von Reichskassenscheinen.

Vom 28. April 1910.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes, betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen, vom 5. Juni 1906 (Reichsgesetzblatt S. 730) folgende Bestimmung getroffen:

Die mit dem Datum vom 10. Januar 1882 ausgefertigten Reichskassenscheine zu 50, zu 20 und zu 5 Mark sowie die mit dem Datum vom 5. Januar 1899 ausgefertigten Reichskassenscheine zu 50 Mark werden vom 1. Januar 1911 ab nur noch bei der Königlich Preussischen Kontrolle der Staatspapiere eingelöst.

Berlin, den 28. April 1910.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:

(gez.) Bermuth.

Undauernde finanzielle Probleme für das Deutsche Reich.

Neben der noch immer bestehenden Aufgabe, dem Deutschen Reich mehr Einnahmen zuzuführen und der Defizitwirtschaft ein Ende zu machen, ist in Deutschland auch noch das Problem zu lösen, den Kursstand der deutschen Staatspapiere zu heben, denn es ist im hohen Grade nachteilig für den deutschen Kredit, daß die deutschen Staatspapiere wesentlich niedriger stehen, als diejenigen Englands und Frankreichs, ja daß sie oft keinen höheren Kurs haben, als die Papiere eines Staates zweiten und dritten Ranges. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinung ist nicht so ganz einfach zu erklären, da sicher in dieser Frage die Haltung des Auslandes und der auswärtigen Kapitalisten auch eine Rolle spielen, und jedenfalls von London und Paris aus nichts geschieht, um das Ansehen des deutschen Kredites im Auslande zu heben und die deutschen Staatspapiere als gute Anlagepapiere hinzustellen. In diesem Punkte hat offenbar die deutsche Diplomatie noch eine wichtige Aufgabe zu lösen, zumal es bekannt ist, daß andere Staaten, z. B. Rußland, es auch verstehen ihre Politik in den Dienst ihrer Finanzen zu stellen. Die hauptsächlichste Ursache für den niedrigen Stand der deutschen Staatspapiere ist aber offenbar in der eigenartigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu suchen. Deutschland hat seit etwa zwanzig Jahren auf dem wirtschaftlichen Gebiete, zumal was die Industrie und das Verkehrswesen anbetrifft, ganz riesige Fortschritte gemacht. Für diese großen Unternehmungen hat es in Deutschland aber sehr oft an genügendem Kapital gefehlt, und es mußte dazu Geld geborgt werden. Dieser Umstand hat offenbar die deutschen Kapitalisten verhindert, die Staatspapiere in einer Weise zu kaufen, daß deren Kurs stieg. Dazu kommt, daß infolge der unglücklichen Finanzpolitik des Deutschen Reiches und der großen Aufwendungen für die Flotte und das Heer, ferner auch wegen des Ausbaues der Staatsbahnen das Deutsche Reich und Preußen seit dem Jahre 1896 etwa sechs Milliarden Mark Anleihen aufgenommen haben. Der deutsche Kapitalmarkt ist aber nicht allein durch diese großen Staatsanleihen in Anspruch genommen worden, sondern die Provinzen und Städte und ferner auch viele andere Korporationen haben ebenfalls Anleihen in diesem Zeitraume gemacht, so daß man sich gar nicht zu wundern braucht, daß in den Kapitalistenkreisen nach deutschen Staatspapieren keine große Nachfrage ist. Nun haben wir aber für dieselbe Periode, in der in Deutschland sehr viel Anleihen für den Staat gemacht worden sind, zu beobachten, daß England und Frankreich in diesem Zeitraume fast gar keine großen Staatsanleihen aufgelegt haben. Die naturgemäße Folge dieses großen Unterlebens in der Finanzpolitik Deutschlands und Englands und Frankreichs mußte daher ein Steigen der englischen und französischen Staatspapiere und ein Sinken der deutschen sein. Soviel auch die große wirtschaftliche und industrielle Entwicklung Deutschlands zu diesem bedauerlichen Zustande beigetragen hat, so sehr muß doch auch betont werden, daß die deutsche Finanzpolitik lange Jahre hindurch den Fehler gemacht hat, die natürlichen Einnahmequellen des Reiches nicht genug zu heben, und dieses Problem ist trotz der sogenannten Finanzreform des vorigen Jahres immer noch nicht gelöst worden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der auf Grund der Änderungsanträge Sachsens, Badens und Hessens umgestaltete Entwurf des Schiff-

fahrtsabgabengesetzes ist am 17. Juni von den zuständigen Bundesratsausschüssen beraten und dann einstimmig gutgeheißen worden; dem Vernehmen nach wurden hierbei nur einige unwesentliche Abänderungen an dem Entwurf vorgenommen. Es gilt als sicher, daß auch im Plenum des Bundesrates, an welches die Schiffahrtsabgaben Vorlage Ende dieses Monats zur definitiven Beschlußfassung gelangt, die Annahme des Gesetzentwurfes mit Stimmeneinheit erfolgen wird.

Die sozialdemokratische Partei kann einen neuen bemerkenswerten Wahlerfolg verzeichnen. Bei der am 17. d. M. im Reichstagswahlkreis Uedermünde-Uebom-Wollin vorgenommenen Stichwahl zwischen dem konservativen Kandidaten v. Böhlenberg und dem sozialdemokratischen Kandidaten Runge ist der letztere mit einer absoluten Mehrheit von rund 700 Stimmen gewählt worden. Der genannte pommerse Wahlkreis war bekanntlich bisher durch den fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Delbrück, der bei einer Ballonfahrt tödlich verunglückte, im Reichstage vertreten. Bei der am 9. Juni stattgefundenen Erstwahl hatten v. Böhlenberg 6132, Runge 7768 und der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei, Herrendörfer, 4319 Stimmen erhalten, demnach mußte der Fortschrittliche Kandidat für die Stichwahl ausfallen. Bei letzterer scheinen sich die Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei gespalten und zum Teil für den konservativen, zum Teil für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt zu haben.

In den in Berlin tagenden „Sommerkommissionen“ des Reichstages, der Kommission für die Reichsverfassungssicherungsordnung und der Kommission für die Novelle zur Strafprozeßordnung, schreiten die Arbeiten regelmäßig fort. Mitte Juli gedenken sich beide Kommissionen auf etwa 5 Wochen zu vertagen.

Dem preussischen Landwirtschaftsminister von Arnim und dem preussischen Minister des Innern von Nolte ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte unter Verleihung der Krone zum roten Adlerorden erster Klasse mit Ehrenlaub erteilt worden. Der Oberpräsident der Rheinprovinz von Schorlemer ist zum Landwirtschaftsminister und der Oberpräsident von Schlesien, v. Thallwitz, zum Minister des Innern ernannt worden.

Der Friedensschluß im deutschen Baugewerbe ist ungeachtet des ergangenen Schiedspruchs des Dresdner Schiedsgerichts noch immer kein vollständig perfekter. Unter den organisierten Arbeitern einer ganzen Anzahl von Plätzen macht sich Mißstimmung wegen der Bestimmungen des Dresdner Schiedspruchs über die Lohn erhöhungen geltend, und sie sind deshalb z. B. in Dresden, Leipzig, Düsseldorf, Lübeck, Mannheim, Nürnberg, Karlsruhe-Durlach usw. bis jetzt noch nicht wieder an ihre Arbeitsstätten zurückgekehrt. Diese Situation ist jedenfalls eine haltlose und muß auf irgend eine Weise beseitigt werden.

Der Zentrumsabgeordnete Schmidt-Warburg ist am 17. d. M. in Berlin gestorben. Der Verstorbene war Landgerichtsrat in Berlin und stand im 69. Lebensjahr. Er vertrat den Wahlkreis Warburg-Hörter seit 1888 im preussischen Abgeordnetenhaus und seit 1893 im Reichstage. Beide Mandate sind sicherer Besitz der Zentrums-partei und werden ihr also bei den notwendig gewordenen Ersatzwahlen wieder zufallen.

Für die von der Ueberschwemmungskatastrophe im Westfalen betroffenen hat eine umfassende Hilfsaktion des preussischen Staates wie auch von privater Seite eingesetzt.

Deutschland geht plötzlich gegen Frankreich mit einer Zollerhöhung vor. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Baron v. d. Landen, machte dieser Tage dem französischen

Minister des Auswärtigen Pichon die amtliche Mitteilung, daß vom 1. Juli ab die deutschen Zollsätze auf französischem Champagner und französische Liköre erhöht werden müßten. Der deutsche Geschäftsträger soll diese signalisierte zollpolitische Maßnahme Deutschlands Frankreich gegenüber damit begründet haben, daß sich die deutsche Regierung hierzu durch die Mindererträge der Zolleinnahmen der letzten Monate genötigt sehe. Ob es vom rein politischen Standpunkte aus richtig war, einer fremden Macht gegenüber, und noch dazu Frankreich, die geplante Zollerhöhung mit dem Hinweis auf die fortwährenden deutschen Finanznöte zu begründen, das möchte freilich zu bezweifeln sein, so sehr man andererseits auch einer erhöhten Besteuerung aus Frankreich kommender Luxusgetränke zustimmen kann. Uebrigens handelt es sich im Grunde gar nicht um eine deutsche Zollerhöhung gegenüber französischen Produkten, sondern nur um die Aushebung einer bisher für Frankreich bestehenden Vergünstigung. Denn der Bundesrat hatte bisher von der ihm gewordenen Ermächtigung, die neue deutsche Sektsteuer für Frankreich auf ein Jahr herabzusetzen, Gebrauch gemacht und Frankreich den bisherigen Zollfuß vom 1. Juni 1909 bis 1. Juli 1910 gewährt. Das Berliner Auswärtige Amt wollte aus politischen Gründen auch fernerhin diese Ermäßigung für französischen Sekt beibehalten wissen, aber das Reichshauptamt ist eben mit seiner Forderung, daß aus finanziellen Erwägungen nunmehr die Zollerhöhung auf Sekt und Liköre aus Frankreich plangreifen müsse, im Bundesrate durchgedrungen. Die französische Regierung soll durch diese Maßnahme der deutschen Regierung „etwas überrascht“ sein.

Dänemark.

Der Sensationsprozeß vor dem Reichsgericht zu Kopenhagen gegen die Eminenten Christensen und Berg wegen ihrer Verwicklung in die Standalaffäre des früheren Justizministers Alberti ist am 17. d. M. nach fast zweiwöchiger Dauer zu Ende gegangen. Das Urteil lautet gegen Christensen auf Freisprechung, gegen Berg auf 1000 Kronen Geldbuße und Tragung eines Fünftels der Prozeßkosten.

Oesterreich-Ungarn.

Kaiser Franz Josef empfing am 17. d. M. den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Kuen-Edenvaray und den ungarischen Finanzminister Lukacs in Schloß Schönbrunn und genehmigte den von beiden Ministern vorgelegten Entwurf der Thronrede zur Eröffnung des neugewählten ungarischen Landtages.

Balkanhalbinsel.

Das Athener Kabinett hat sich jetzt gegenüber dem türkischen Gesandten in Athen wegen des Ueberfalles auf den rumänischen Dampfer „Imperator Trajan“ im Piräus, bei welchem Vorgange mehrere an Bord des Dampfers befindliche türkische Staatsangehörige gemißhandelt worden waren, entschuldigt und strenge Bestrafung der Schuldigen versprochen. Der türkische Ministerrat gibt sich indessen mit dieser greiflichen Entschuldigung noch nicht zufrieden, denn er verlangt auch eine finanzielle Entschädigung für die Gemißhandelten und bestohlenen Ottomanen.

lokales und Sächsisches.

Schandau, den 20. Juni 1910

—* Herr Pastor Gloos hat die erste Hälfte seines Urlaubes (vom 19. Juni bis mit 3. Juli) angetreten.

—* Das Verordnungsblatt des evangelisch-lutherischen Landeskonfistoriums für das Königreich Sachsen, 4. Stück vom Jahre 1910, ist eingegangen und liegt für die Mitglieder der Kirchengemeinde auf hiesigem Pfarramt zur Einsicht aus. Inhalt: Verordnung, eine allgemeine